Verfahren nach VOB
Abschließende Liste der geforderten Erklärungen und Nachweise
gemäß § 8 Abs. 2 Nr. 5 VOB/A, Ausgabe 2019

Vergabe-Nr. I.30-20/25

Mit dem Angebot abzugeben	
x	Angebotsschreiben (Formblatt 213) – wird nicht nachgefordert Das Fehlen dieser Unterlage führt zum Ausschluss des Angebotes.
x	Leistungsverzeichnis oder Kurzleistungsverzeichnis für das/die angebotene/-n Los/-e mit den Eintragungen der Angebotspreise des Bieters. Eine Nicht-Abgabe Leistungsverzeichnisses führt zum Ausschluss des Angebotes. Diese Unterlagen werden nicht nachgefordert.
x	Leistungsverzeichnis / Angebot als GAEB 84-Datei Sie werden gebeten, die von Ihnen verpreisten Leistungsverzeichnisse zusätzlich im Dateiformat DA84 einzureichen, da dies eine beschleunigte rechnerische Prüfung der eingegangenen Angebote ermöglicht. Die GAEB-Datei ersetzt nicht das abzugebende verpreiste Leistungsverzeichnis. Sollten Sie dieser Bitte nicht entsprechen, hat dies jedoch keine unmittelbaren Konsequenzen für Sie, insbesondere wird Ihr Angebot nicht aus diesem Grund ausgeschlossen werden.
x	Produktangaben / Bietertexteintragungen in folgenden Positionen: Siehe Bieterangabenverzeichnis
x	Angaben zur Preisermittlung entsprechend den Formblättern 221 oder 222 (bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot)
x	Beiliegendes Formblatt 124 – Eigenerklärung zur Eignung (Präqualifizierte Bieter legen bitte das Zertifikat bei)
x	Bewerbererklärung (MBI. LSA Nr. 16/2009 vom 11.05.2009)
	Formblatt 225a - Stoffpreisgleitklausel ohne Basiswert 1
x	Formblatt 233 - Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen (wenn Teile der Leistung an Nachunternehmer vergeben werden sollen; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot, in dem Teile der Leistung an Nachunternehmer vergeben werden sollen) → sofern erforderlich
x	Formblatt 234 - Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft (wenn das Angebot von einer Bietergemeinschaft abgegeben wird; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot einer Bietergemeinschaft) → sofern erforderlich
	Formblatt 235 - Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen (wenn sich der Bieter der Kapazitäten anderer Unternehmen bedienen wird; bei Abgabe mehrere Hauptangebote für jedes Hauptangebot, in dem sich der Bieter der Kapazitäten anderer Unternehmen bedient) → sofern erforderlich
x	Formblatt 248 - Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten (bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot)
	Referenznachweise mit den im Formblatt Eigenerklärung zur Eignung genannten Angaben

	Bestbieterprinzip gem. § 8 TVergG LSA Wird auf <i>jeden Fall</i> vom Bestbieter abgefordert, sofern noch nicht mit dem Angebot eingereicht.
x	Beiliegende Verpflichtungen zu Tariftreue, Mindeststundenentgelt und Entgeltgleichheit nach § 11 Tariftreue- und Vergabegesetz LSA
x	Beiliegende Erklärung zum Nachunternehmereinsatz (§14 des Tariftreue- und Vergabegesetzes LSA)
	Formblatt 236 - Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen - sofern zutreffend
x	Gewerbebeanmeldung, Handelsregisterauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer
x	gültiger Nachweis über Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung mit Ablaufdatum bis mindestens zur Bindefrist: mit Angaben über Personen-, Sach- und/oder Vermögensschäden
x	rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan (falls eine Erklärung über das Vorliegen eines solchen Insolvenzplanes angegeben wurde)
	Die Vergabestelle behält sich weiterhin vor, vom Bestbieter folgende Nachweise und Erklärungen auf gesondertes Verlangen abzufordern:
x	Referenznachweise mit den im Formblatt Eigenerklärung zur Eignung genannten Angaben
x	Formblatt 223 - Aufgliederung der Einheitspreise entsprechend
x	Erklärung zur Zahl der in den letzten 3 Jahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen, mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal
x	Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, falls das Unternehmen beitragspflichtig ist (maximal 6 Monate alt)
x	Unbedenklichkeitsbescheinigung mindestens einer Krankenkasse (maximal 6 Monate alt)
x	Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen, falls das Finanzamt eine solche Bescheinigung ausstellt (maximal 6 Monate alt)
x	Freistellungsbescheinigung nach § 48b Einkommensteuergesetz inkl. beigefügte Erklärung über Freistellungsbescheinigung
x	Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen (maximal 6 Monate alt)
x	Produktdatenblätter benannter Fabrikate
x	Urkalkulation

Hinweise:

1. Anstelle der Einzelnachweise kann auch das Präqualifizierungs-Zertifikat (PQ-VOB) vorgelegt werden, soweit diese die o.g. Nachweise enthält. Geforderte Nachweise, welche hier nicht enthalten sind oder nicht den gestellten Anforderungen entsprechen, sind einzureichen.
2. Für **alle** Mitglieder der Bietergemeinschaft sind die Eignungsnachweise und Erklärungen entsprechend den gestellten Anforderungen vorzulegen.
3. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer unter der die Nachunternehmen in der Liste PQ/ULV geführt werden. Weiterhin behält sich die Vergabestelle vor weitere Nachweise aus oben genannter Liste auch vom Nachunternehmer auf gesondertes Verlangen abzufordern.
4. Bewerber, die nicht ihren Sitz in der BRD haben, haben gleichwertige Bescheinigungen ihres Herkunftslandes vorzulegen. Fremdsprachige Nachweisen ist eine Übersetzung in deutscher Sprache beizufügen.

5. Bei der elektronischen Angebotsabgabe ist grundsätzlich für den Nachweis der Eignung die Vorlage von eingescannten Unterlagen, Erklärungen und Nachweisen (=Kopie) ausreichend. Die Vergabestelle behält sich vor auf gesondertes Verlangen die Vorlage von Original-Unterlagen nachzufordern.
6. Gemäß § 8 Abs. 2 Nr. 2 TVergG LSA weisen wir darauf hin, dass der Bestbieter im Fall der beabsichtigten Zuschlagserteilung die gem. Bekanntmachung und in den Vergabeunterlagen genannten vorzulegenden Erklärungen und Nachweise nach Aufforderung innerhalb einer nach Tagen bestimmten Frist vorlegen muss und dass bei nicht fristgerechter Vorlage der verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise das Angebot von der Wertung auszuschließen ist. Eine Fristverlängerung ist nur bei rechtzeitiger Beantragung vor Fristablauf mit Angabe einer nachvollziehbaren Begründung möglich.

-----Ende der Liste -----